

PRESSEMELDUNG

Deutscher Pflegerat e.V. (DPR)

Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen:

Berlin (28. November 2024, Nr. 40/2024)

Deutschland braucht eine Koalition für die Pflege Ohne das Pflegekompetenzgesetz scheitert jede Reform

Der Pflegenotstand in Deutschland verschärft sich, während die Politik stillsteht. Lösungen liegen bereit, doch es fehlt an mutigen Schritten.

Christine Vogler, Präsidentin des Deutschen Pflegerats, fordert: „Deutschland braucht eine parteiübergreifende Koalition für die Pflege – jetzt! Das Pflegefachassistenteneinführungsgesetz muss sofort umgesetzt werden, das Pflegekompetenzgesetz im Frühjahr 2025 und das APN-Gesetz spätestens im Sommer 2025. Eine Taskforce muss umgehend sicherstellen, dass die Pflege in Entscheidungsprozesse eingebunden wird.“

Die Lage ist ernst. Das Pflegesystem ist am Limit, es fehlt massiv an Personal, die Digitalisierung funktioniert nicht richtig. Die Belastung der Pflegekräfte steigt. Angehörige sind verzweifelt, weil sie keine Hilfe für ihre pflegebedürftigen Eltern oder Kinder finden und selbst überlastet sind. Unternehmen leiden, da Mitarbeitende ausfallen, um Angehörige zu pflegen. Der Staat und die Kassen haben weniger Einnahmen. Präventive Maßnahmen greifen nicht.

Berichte und Studien wie aktuell der BARMER Pflegereport 2024, der DAK-Pflegereport 2024, der WldOmonitor 2024 zu pflegenden Angehörigen, der Berufsgesundheits-Index Pflege der BGW, die RWI-Studie zu verlängerten Krankenhausaufenthalten, die DEVAP-Umfrage zur Versorgungssicherheit in der Langzeitpflege und die bpa-Erhebung „Bei Anruf Sorry“ zeichnen ein zum Teil besorgniserregendes Bild der Pflege in unserem Land: Die Lage ist bedrohlich, die Versorgung unsicher. Das gefährdet unsere Gesellschaft und Demokratie. Doch es gibt Lösungen.

„Für die Profession Pflege sind diese Lösungen ausgearbeitet“, betont Vogler. Das Pflegefachassistenteneinführungsgesetz liegt im Bundestag, politisch geeint auf Bundes- und Länderebene. Das Pflegekompetenzgesetz liegt als Referentenentwurf vor. Es ist entscheidend für den Erfolg jeglicher Gesetzgebung im Gesundheitswesen. Das APN-Gesetz geht in der Kompetenzneuregelung einen Schritt weiter.

Diese Gesetze sind politisch unstrittig. „Es bedarf keines Wahlkampfes, um sie zu verabschieden. Die Politik muss jedoch schnell handeln“, sagt Vogler. „Die Umsetzung von Strukturänderungen im Gesundheitswesen hängt an der Profession Pflege.“ Doch diese kommt beispielsweise im Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz und anderen Gesetzen aus dem Gesundheitsbereich nicht vor.

„Wie soll die Gesundheitsversorgung sicherer werden, wenn das Know-how der Pflege als größte Berufsgruppe nicht einbezogen wird?“, fragt Vogler. Ohne das Pflegekompetenzgesetz und den Einbezug der Pflege scheitert jede Reform. Deutschland braucht eine parteiübergreifende Koalition für die Pflege – jetzt!

[Download Pressemitteilung](#)

Ansprechpartner*in:

Christine Vogler

Präsidentin des Deutschen Pflegerats

Michael Schulz

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Telefon: 0151 650 617 86 | E-Mail: m.schulz@deutscher-pflegerat.de

Deutscher Pflegerat e.V. (DPR)

Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen

Alt-Moabit 91, 10559 Berlin

Telefon: (030) 398 77 303 | Telefax: (030) 398 77 304

E-Mail: presse@deutscher-pflegerat.de | Internet: www.deutscher-pflegerat.de

Der Deutsche Pflegerat als Dachverband vertritt die geeinten Interessen der Berufsverbände und nicht die einzelnen Partikularinteressen der Verbände. Unterschiedliche Positionen und Meinungen einzelner Verbände können sichtbar sein und die Vielfalt der pflegerischen Profession widerspiegeln. Dieses berührt nicht die gemeinsamen Ziele und Intentionen des Deutschen Pflegerats.

Zum Deutschen Pflegerat e.V. (DPR):

Der Deutsche Pflegerat e.V. wurde 1998 gegründet, um die Positionen der Pflegeorganisationen einheitlich darzustellen und deren politische Arbeit zu koordinieren. Darüber hinaus fördert der Zusammenschluss aus 20 Verbänden die berufliche Selbstverwaltung. Seit 2003 handelt der Deutsche Pflegerat e.V. als eingetragener, gemeinnütziger Verein. Als Bundesarbeitsgemeinschaft des Pflege- und Hebammenwesens und Partner der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen vertritt der Deutsche Pflegerat heute die insgesamt 1,7 Millionen Beschäftigten der Pflege. Über die berufliche Interessenvertretung hinaus ist der Einsatz für eine nachhaltige, qualitätsorientierte Versorgung der Bevölkerung oberstes Anliegen des Deutschen Pflegerats.

Präsidentin des Deutschen Pflegerats ist Christine Vogler. Vize-Präsidentinnen sind Irene Maier und Annemarie Fajardo.

Mitgliedsverbände des DPR:

- Arbeitsgemeinschaft christlicher Schwesternverbände und Pflegeorganisationen e.V. (ADS)
- Anbieterverband qualitätsorientierter Gesundheitspflegeeinrichtungen e.V. (AVG)
- Bundes-Dekanekonferenz Pflegewissenschaft gem. e.V.
- Bundesverband Lehrende Gesundheits- und Sozialberufe e.V. (BLGS)
- Bundesverband Geriatrie e.V. (BVG)
- Bundesverband Pflegemanagement
- Deutscher Hebammenverband e.V. (DHV)
- Berufsverband Kinderkrankenpflege Deutschland e.V. (BeKD)
- Bundesfachvereinigung Leitender Krankenpflegepersonen der Psychiatrie e.V. (BFLK)
- Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe e.V. (DBfK)
- Deutsche Gesellschaft für Endoskopiefachberufe e.V. (DEGEA)
- Deutsche Gesellschaft für Fachkrankenpflege und Funktionsdienste e.V. (DGF)
- Deutsche Gesellschaft für Pflegewissenschaft e.V. (DGP)
- Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
- Deutsches Netzwerk Advanced Practice Nursing & Advanced Nursing Practice (DNAPN) e.V.
- Initiative Chronische Wunden e.V. (ICW)
- Katholischer Pflegeverband e.V.
- Verband der Schwesternschaften vom Deutschen Roten Kreuz e.V. (VdS)
- Verband für Anthroposophische Pflege e.V. (VfAP)
- Verband der Pflegedirektorinnen und Pflegedirektoren der Universitätskliniken und Medizinischen Hochschulen Deutschlands e.V. (VPU)